

■ „Mit uns zieht die neue Zeit.“

Mitziehen statt Durchdrücken.



Denkschrift zur Zukunft der Sozialdemokratie
vorgelegt von jüngeren Funktions- und Mandatsträgern in der SPD

Köln, 16. November 2003

SPD

Wir, die Unterzeichner dieses Papiers, sind in unterschiedlichen Funktionen vor allem auf der kommunalen Handlungsebene tätig. Die Erfahrungen an der sogenannten „Basis“ sind vielfältig und zum Teil unterschiedlich.

Trotzdem identifizieren wir uns – unabhängig von eventuellen Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten – mit den Grundaussagen der vorliegenden Denkschrift. Wir möchten mit unserer Unterschrift der Notwendigkeit einer Diskussion über die im Papier kurz skizzierten Problembereiche Nachdruck verleihen.

Guido van den Berg (Rhein-Erft-Kreis)

Martin Bornträger (Kreis Euskirchen)

Bernd Coumanns (Rhein-Erft-Kreis)

Thomas Eiskirch (Bochum)

Philipp Erdle (Köln)

Markus Gluch (Köln)

Helge Herrwegen (Rhein-Erft-Kreis)

Ulrike Heuer (Köln)

Arno Jansen (Rhein-Kreis Neuss)

Christian Joisten (Köln)

Jochen Ott (Köln)

Lasse Pütz (Rheinisch-Bergischer Kreis)

Stephan Renner (Rhein-Erft-Kreis)

Olaf Schade (Ennepe-Ruhr-Kreis)

Michelle Schumann (Herne)

Susana dos Santos Herrmann (Köln)

Uwe Schmitz (Kreis Euskirchen)

Andreas Schulte (Kreis Euskirchen)

Alexander Schweitzer (Kreis Südliche Weinstraße, Rheinland-Pfalz)

Thilo Wasem (Kreis Euskirchen)

Michael Zalfen (Rheinisch-Bergischer Kreis)

Kontakt über:

Martin Bornträger, An den Kapuzinern 1, 53879 Euskirchen

email: m.borntraeger@freenet.de, Phone: 0163-2632983.

www.mit-uns-zieht-die-neue-zeit.de

(Hier gibt es auch unsere Denkschrift zur Bildungspolitik: „Handeln statt Hadern.“)

„Mit uns zieht die neue Zeit.“

Mitziehen statt Durchdrücken.

1. Warum jetzt und warum wir?
2. So sieht es aus.
3. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“
4. Wer nicht wachsen will, bleibt klein.
 - 4.1 Bürgerversicherung und Rente – Einer für alle, alle für einen.
 - 4.2 Basisinnovationen fördern.
 - 4.3 Bildung und Erziehung – Handeln statt Hadern.
5. Markt ist nicht alles!
 - 5.1 Keinen Menschen aufgeben.
 - 5.2 Ein Recht auf Strafe.
 - 5.3 Kennedy hatte Recht.
6. Der Staat sind wir!
 - 6.1 Die globale Rahmenordnung schaffen.
 - 6.2 Soziale Marktwirtschaft europäisch denken.
 - 6.3 Nationale Ebenen nachhaltig verändern.
 - 6.4 Individuelle Verantwortung lernen.
7. Mit uns zieht die neue Zeit. Wer zieht mit?
8. Unsere sechs Punkte für eine Weiterentwicklung der SPD.

1. Warum jetzt und warum wir?

Die Zustimmung zur Regierungspolitik der SPD befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Die Wahlergebnisse unserer Partei bei den letzten Landtags- und Kommunalwahlen sind erschreckend. Im nächsten Jahr stehen weitere Herausforderungen an. In acht Bundesländern werden die Kommunalparlamente neu gewählt. Dies alles allein wäre schon Grund genug, sich konstruktiver Kritik auszusetzen und neu zu orientieren. Was uns dazu bewogen hat uns zu Wort zu melden ist ein viel schwerwiegenderes Problem: Die zunehmende Entfremdung unserer Genossinnen und Genossen vor Ort von ihrer eigenen Partei.

Durch unser politisches Engagement auf kommunaler Ebene werden wir hautnah mit den Problemen unserer Mitglieder und Mitbürger konfrontiert. Wir haben versucht die Grundstimmung an der Basis und auch die Themen, die die Menschen bewegen, in dieser Denkschrift aufzugreifen. Vieles bleibt dabei fragmentarisch und bruchstückhaft. Nicht alles wird erschöpfend dargestellt und erläutert. Das ist aber auch nicht das Ziel dieses Papiers. Es möchte vielmehr Denkanstöße liefern, die unserer Überzeugung nach bei der derzeitigen Programmdebatte Beachtung finden sollten.

Gerade wir Kommunalpolitiker möchten die Menschen mit ihren Problemen da abholen, wo sie stehen, und sie bei dem Prozess der Erneuerung unserer Partei und unseres Staatswesens mitziehen und nicht Reformen abstrakt und technokratisch durchdrücken.

2. So sieht es aus.

Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind beunruhigt über die derzeitige Politik der SPD. Nur noch wenige sind bereit, diese Politik vor den Bürgern in Deutschland zu vertreten. Einige ziehen daher sogar die traurige Konsequenz und kehren uns den Rücken und verlassen eine Partei, in der sie sich z.T. jahrzehntelang beheimatet gefühlt haben. Dafür gibt es aus unserer Sicht zwei Ursachen: Der Agenda-2010-Prozess hat es bisher nicht vermocht, den Menschen glaubhaft aufzuzeigen, was das Ziel der Reformen ist. Es ist nicht gelungen, Sicherheit im notwendigen Wandel zu vermitteln.

Wir als Kommunalpolitiker erleben dies täglich an unserer Basis und können es nachempfinden. Zu oft wurden in letzter Zeit neben handwerklichen Fehlern sozialdemokratische Positionen z.B. in der Finanzpolitik zurückgenommen, die noch kurz vorher als Markenzeichen einer solidarischen und nachhaltigen Politik gegolten haben. Das Regierungshandeln muss sich an den Grundwerten der Sozialdemokratie „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ ausrichten. In der jüngsten Zeit ist es oftmals nicht gelungen, den Bezug der Tagespolitik zu diesen Grundwerten deutlich zu machen. Hierdurch entsteht in der Wahrnehmung vieler Menschen eine Glaubwürdigkeitslücke, die Ursache ist für die jetzige Krise der SPD. Glaubwürdigkeit gewinnt unsere Partei nur, wenn sie sich auf ihre Grundwerte besinnt und diese im Regierungshandeln auch tatsächlich umgesetzt werden. Dass dies derzeit nicht so ist, erleben wir leider beinahe tagtäglich. Immer neue und unkoordinierte Vorschläge nicht nur aus der Bundestagsfraktion, sondern auch von der Bundesregierung, verunsichern Bürger und Mitglieder. Eine Orientierung an Grundwerten und Zielen wird nicht deutlich.

Wir glauben, dass in der mangelnden Orientierung an unseren Grundwerten die Hauptursache für schlechte Wahlergebnisse als auch für den Mitgliederschwund zu finden ist. Der drastische Verlust an Mitgliedern ist kein notwendiges Übel, das die SPD in der Regierungsverantwortung befällt. Der Höhepunkt der Mitgliederzahl in der SPD

wurde im Jahr 1976 erreicht, also zu einer Zeit, als Deutschland wie jetzt in einer Wirtschaftskrise steckte. Und dennoch sind die Menschen in die SPD eingetreten. Eine bloße Reduzierung auf pragmatische Regierungspolitik wird der SPD und ihrer Geschichte nicht gerecht. Unsere Mitglieder und unsere Wähler haben sich nie nur mit „Good Governance“ identifiziert, sondern mit einem ganzheitlichen Politikentwurf, der über den Tag hinausgeht. Menschen haben uns gewählt und sind bei uns Mitglied geworden, weil sie sich für eine andere Gesellschaftsordnung, für die Öffnung des Bildungssystems, für eine Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, für neue Nord-Süd-Beziehungen, stets für Visionen eingesetzt haben.

Wir brauchen die Renaissance der Mitgliederpartei SPD. Das Abwärts in der Entwicklung unserer Mitgliederzahl ist nicht etwa Ausfluss von Management- und Vermittlungsproblemen einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, die schwierige Richtungsentscheidungen trifft und sich dabei von traditionellen Unterstützerkreisen trennt, um neue, schlagkräftige hinzu zu gewinnen.

Ein solcher Austausch ist nicht festzustellen. Die SPD schrumpft und verengt sich gleichermaßen. So wissen wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, dass vielerorts unsere Kandidatenlisten und Einzelbewerber allenfalls soziologische Segmente der Gesamtbevölkerung repräsentieren. Den Wählerinnen und Wählern bleibt dies nicht verborgen. Die Krise der Mitgliederpartei SPD wird zur echten Bedrohung der strukturellen Mehrheitsfähigkeit der Regierungspartei SPD. Von den Gemeinden bis zum Bund. Neben sinkender Mitgliederzahl sind Vergreisung und Anflüge von Resignation bei ehrenamtlich Aktiven Erscheinungsformen dieser Krise.

Nach den ersten Euphorieschüben ist klar, dass eine digitalisierte Netzwerkpartei allenfalls Element einer modernen Volkspartei sein kann. An ihre Stelle treten kann sie nicht. Denn nach wie vor- und besonders auf kommunaler Ebene- gilt: In echten Begegnungen mit echten Menschen geformte Dialogfähigkeit entscheidet über Überzeugungen und Mehrheiten. Dies zu erlernen, sich gegenseitig zu stärken, bei Pannen aufzufangen braucht die SPD auch künftig konkrete Orte. Seien es Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Foren, Projektgruppen. Und es braucht Menschen, die diese Orte beleben und andere zu spannenden Begegnungen animieren. Gewinnen werden wir diese Menschen jedoch nur, wenn wir uns an die Schaffung einer neuen Kultur der demokratischen Teilhabe machen. Teilhabe im Sinne einer wirklichen Mitbestimmung des einzelnen Mitgliedes an Aussagen und Kurs unserer Partei über alle Ebenen hinweg.

3. „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Das waren die Grundwerte der Sozialdemokratie bei ihrer Gründung vor mehr als 140 Jahren. Diese Grundwerte hatte sich die Sozialdemokratie im wahrsten Sinne des Wortes auf die Fahnen geschrieben. Sie sind nach wie vor aktuell, weil sie den Kitt menschlichen Zusammenlebens begründen. Sie bieten Orientierung auch im praktischen Regierungshandeln, weil sie den nachhaltigen Erfolg unserer Partei in Deutschland begründet haben und nunmehr die Herausforderung für alle globalen Trends beschreiben.

In der aktuellen Programmdebatte wird der Grundwert der „Gleichheit“ durch den Begriff „Gerechtigkeit“ ersetzt. Wir bedauern das. Unter „Gleichheit“ verstehen wir, dafür Sorge zu tragen, dass jeder Mensch gleich an Rechten ist. Das gilt für den Beginn aber auch den gesamten Verlauf des Lebens. An jedem neuralgischen Punkt einer Biografie müssen Menschen immer wieder erneut Einstiegsmöglichkeiten in die Gesellschaft gegeben werden. Eine Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Menschen verloren zu geben.

Die politische Konkurrenz hat andere Gesellschaftsbilder: Die Liberalen wollen jedem nur genau eine Startchance geben und überlassen den Menschen ab da sich allein. Die Konservativen teilen Startchancen in ihrem Sinn „gerecht“, d. h. individuell sehr unterschiedlich zu. Menschen, die auf ihrem Lebensweg scheitern, werden dann von den Erfolgreicheren karitative Hilfen zugebilligt.

Das ist nicht unsere Vorstellung von Chancengleichheit. Die Berechtigung zur gleichen Teilhabe steht dem Menschen a priori und unabhängig von irgendetwas oder irgendjemanden zu. Die Möglichkeit zur Partizipation muss immer offen gelassen werden und kann nicht durch vermeintliches Fehlverhalten verwirkt werden. Allerdings werden „nur“ Chancen eröffnet. Die Verantwortung und Anstrengung sie zu nutzen und auszubauen kann dem Einzelnen natürlich nicht von der Gemeinschaft abgenommen werden. Es geht uns nicht um Gleichmacherei. Aber wir sehen auch keinen Grund, den Begriff „Gleichheit“ zu verstecken. Für uns ist „Gerechtigkeit“ kein Grundwert, sondern eine Zustands- bzw. Zielbeschreibung; sie entsteht erst in der Verwirklichung der drei sozialdemokratischen Grundwerte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“.

Wir wissen als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen auch, dass Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit zusammengehören. In der langen Geschichte unserer Partei ging es immer darum Menschen am Haben und am Sagen in der Gesellschaft zu beteiligen; es ging also um Macht- und Verteilungsfragen. Der Antrieb Ferdinand Lassalles, die Frage nach der gerechteren Verteilung von Macht und Kapital, stellt sich heute als Frage von Bildung und Arbeit. Zudem hat sich die Problematik globalisiert. Wenn heute auf unserer Erde 20% der Weltbevölkerung über 80% des Bruttoinlandsprodukts verfügen und die reichsten 1% genauso viel Einkommen besitzen wie die ärmsten 57% wird klar: Der Auftrag der Sozialdemokratie hat mehr Bedeutung als je zuvor. Auch nehmen die Menschen sehr sensibel wahr, wenn sich Spitzenmanager in Deutschland Gehaltsteigerungen im 100% Bereich genehmigen, während man von den abhängig Beschäftigten „Lohnzurückhaltung“ einfordert. Für gefühlte und tatsächliche Ungerechtigkeit gibt es bei unserer Anhängerschaft ein ausgeprägtes Gespür. Auf dieses Gewissen unserer Partei sollten wir stolz sein. Die SPD steht für Umverteilung. Wir wissen: Je ungerechter Reichtümer und Einkommen verteilt sind, desto schwieriger werden die Zugänge zu Bildung, Arbeit, Kultur und zu Mitbestimmung. Zudem gehört die Umverteilung zu den stabilisierenden Faktoren unserer Wirtschaftsordnung gegen Konjunkturschwankungen, da die unteren Einkommensbezieher eine weit höhere Konsumneigung und eine niedrigere Sparneigung haben als Bezieher höherer Einkommen. Wenn wir aus politisch sinnvollen Gründen die Kinderbetreuung, etwa über die offene Ganztagsgrundschule, in den Kommunen stärken, muss das Geld für diese Maßnahmen irgendwo herkommen. Und natürlich ist dies eine Verteilungsfrage. Deswegen: Der momentan erweckte Eindruck, dass man sich Verteilungsfragen nur in Zeiten des Zuwachses stellen dürfe, entspricht nicht der gesellschaftlich-ökonomischen Realität.

Regierungshandeln hat sich an den beschriebenen Werten zu orientieren. Regieren verkommt ansonsten zum bloßen Bewältigen von Problemen, anstatt selber den Willen zum Steuern aufzubringen. Handeln der Politik muss sich an Grundwerten orientieren. Nur so gewinnt sie erfolgreich an Glaubwürdigkeit zurück.

Bei aller Kritik an der jetzigen Politik unserer Partei wollen wir ausdrücklich hervorheben, dass wir die meisten Maßnahmen der Agenda 2010 mittragen und für richtig halten. Viel zu häufig wird soziale Gerechtigkeit mit Besitzstandswahrung verwechselt. Unsere Kritik an der Agenda 2010 ist eine andere. Sie ist in kein größeres

Konzept eingebettet. Das zeigt schon ihr Name. Anstatt mit dem Namen den Leitgedanken der Reformen zu verbinden, wird eine Überschrift gewählt, die aus einem Fremdwort besteht (Agenda heißt schlicht Tagesordnung) und keine Vision erkennen lässt. Der Eindruck des reinen technokratischen Bewältigens, aber nicht des Gestaltens, drängt sich hier wieder auf. Ein zweiter Kritikpunkt ist bedeutender: Bei den zahlreichen Maßnahmen der Agenda 2010 fehlt es an nachhaltigen Konzepten, wie Wachstumsimpulse mit echter Breitenwirkung gesetzt werden können. Es wundert uns nicht, dass die Reformen auf dem Arbeitsmarkt bisher zu keiner bedeutenden Verringerung der Arbeitslosigkeit geführt haben. Um es klar zu sagen: Die Hartz-Reformen finden unsere Unterstützung, sie werden aber bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht die erhoffte Wirkung haben.

4. Wer nicht wachsen will, bleibt klein.

Wenn sich zwei Menschen begegnen, gehört zu den ersten Fragen: Was machst Du? Was arbeitest Du? Hier wird die Bedeutung von Arbeit deutlich. Natürlich greift die Reduzierung des Menschen über den Begriff der Arbeit zu kurz; Menschen definieren sich auch über ihren Glauben, ihre soziale Verantwortung, ihre Träume, ihr Menschenbild und dies sollten wir fördern. Nach wie vor gilt aber: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Über Arbeit definiert sich die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen. Deshalb wollen wir Teilhabe an Arbeit, weil Teilhabe an Arbeit die Freiheit schafft, an der Gesellschaft teilzuhaben. Dreh- und Angelpunkt zur Umsetzung unserer Grundwerte ist Arbeit. Über Arbeit wird erst die Freiheit zur Teilhabe ermöglicht.

Die Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen kann die Politik sehr wohl beeinflussen! Neue Arbeitsplätze können vor allem durch Wachstumsimpulse geschaffen werden. Wir halten nichts von dem Wachstumspessimismus, der sich in letzter Zeit auch in unserer Partei ausgebreitet hat. Es steckt eine gewisse Arroganz in dieser Behauptung, weil so getan wird, als ob spätere Generationen ähnliche Wachstumsschübe wie in der Vergangenheit nicht zustande bringen könnten. Fachlich gibt dafür es keinen Grund, weil wir ein Land mit hohem Bildungsniveau und der besten Infrastruktur sind. Mit einem solchen Bild und einer solchen Anmaßung von Wissen verbreiten wir Pessimismus und schaden unseren Bestrebungen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Die geeigneten Instrumente für neue Wachstumsimpulse liegen jedoch auf dem Tisch. Sie müssen nur konsequent angewandt werden.

Zur Schaffung von Wachstum und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit halten wir drei Punkte für zentral:

- Senkung der Lohnnebenkosten
- Förderung von Basisinnovationen
- Investitionen in Bildung und Erziehung

4.1 Bürgerversicherung und Rente – Einer für alle, alle für einen.

Wir wollen, dass die sozialen Sicherungssysteme zu einer Bürgerversicherung fortentwickelt werden. In die gesetzliche Krankenversicherung sind in Zukunft alle Erwerbstätigen einzubeziehen. Es ist nicht einzusehen, dass es eine Solidargemeinschaft für die Bezieher/innen von Einkommen von 401 € bis 3.825 € pro Monat gibt. Die Bezieher/innen von Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze sollten ebenso wie Selbstständige und langfristig auch Beamtinnen und Beamte in vollem Umfang an der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligt werden. Das bedeutet für die Krankenversicherung, dass alle einzahlen und auch alle Einkommensarten berücksichtigt werden. Von der Lohnzentrierung aus der Bismarck-Zeit müssen wir uns trennen. Bei einer zu erwartenden abnehmenden Anzahl von Menschen in Deutschland wird sich das Vermögen auf immer weniger Menschen konzentrieren. Nur durch eine Ausweitung der Einkommensarten kann das solidarische Umlagesystem als Finanzierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme vom demografischen Wandel abgekoppelt werden und den Faktor Arbeit entlasten - mit den entsprechenden positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Auch wenn wir sehen, dass der politische Schaden durch manche Maßnahmen wie beispielsweise bei der Herausnahme des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich größer ist als die zu erwartende finanzielle Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung, unterstützen wir den Kompromiss der Gesundheitsreform. Für uns bleibt aber die Einführung einer Bürgerversicherung in Verbindung mit der Stärkung der Gesundheitsprävention das erklärte Ziel zur Schaffung einer solidarischen Krankenversicherung.

Die beste Gesundheitsfürsorge für die Menschen ist, dass sie gesund leben. Aufklärung allein reicht nicht aus, um wirkungsvoll Gesundheitsprävention zu betreiben. Es müssen zusätzlich finanzielle Anreize geschaffen werden, sich gesund zu verhalten.

Neben Prämien der Krankenkassen für gesundes Verhalten, halten wir finanzielle Anreize für das geeignete Mittel, um Verhaltensänderungen zu bewirken. Tabakgenuss, Alkoholkonsum und Adipositas (schweres Übergewicht) sind verantwortlich für viele Volks- und Zivilisationskrankheiten. Sie sind der Hauptbelastungsfaktor für unser Gesundheitssystem. Diese Problematik muss unsere Politik in den Fokus nehmen nicht sogenannte Risikosportarten. Deshalb ist es sinnvoll, durch eine Verteuerung von Alkohol und Tabak Anreize zu geben, weniger davon zu konsumieren. Dass dies ein wirksames Mittel ist, zeigen die Erfahrungen anderer Länder. Zwei Effekte werden dadurch erreicht: Durch die zusätzlichen Einnahmen werden die Krankenkassenbeiträge für alle gesenkt und mittelfristig die Gesundheit der Menschen verbessert. Vergleichbares gilt auch für Menschen mit Adipositas (Body Mass Index über 30). In Deutschland leiden immer mehr Menschen unter Krankheiten, deren Ursachen mit starkem Übergewicht in Zusammenhang stehen. Deshalb halten wir es auch hier für geboten, durch geringere Krankenversicherungsbeiträge für Normal- oder gering Übergewichtige (Body Mass Index unter 30) materielle Anreize für ein gesünderes Verhalten zu schaffen. Für Menschen, die an erblicher Adipositas leiden, werden Ausnahmen vorgesehen. Wir halten es für ein Gebot der Solidarität, dass die Konsumenten von Alkohol, Tabak und Menschen mit Adipositas, die sich bewusst einem erhöhten Krankheitsrisiko aussetzen, einen größeren Beitrag leisten und gleichzeitig aber alle Versicherten gewährleisten, dass die notwendigen medizinischen Behandlungen mitgetragen werden. Es gilt: „Einer für alle, alle für einen!“

Vor den umwälzenden Veränderungen durch den demografischen Wandel dürfen wir nicht stehen wie das Kaninchen vor der Schlange. Wir sollten ihn steuern und ihm entgegenwirken. Aufgrund von Erfahrungen anderer europäischer Länder – vor allem in Skandinavien oder in Frankreich – ist Ganztagsbetreuung die zentrale Voraussetzung, um aus Deutschland ein kinderfreundliches Land zu machen. Wir wollen, dass Eltern die Wahl haben, ob sie ihr Kind bereits im Kleinkindalter in Betreuung geben können oder ob sie die Entscheidung treffen, dass ein Elternteil sich hauptberuflich um die Erziehung sorgt. Unsere Partei hat die zentrale Bedeutung von Betreuungsangeboten erkannt. Mit der bisherigen Förderung der Betreuung ist ein guter Anfang gemacht, der noch stärker ausgebaut werden muss, wenn wir ein kinderfreundliches Land werden wollen.

Nachhaltige Politik muss auch die Veränderungen durch den demografischen Wandel berücksichtigen. Die Menschen werden auch durch medizinischen Fortschritt

erfreulicherweise immer älter. Im Jahr 2030 müssen statt heute drei nur noch weniger als zwei Beitragszahler für einen Rentner eintreten. Hinzu kommt eine viel zu geringe Geburtenrate, die deutlich unter dem Niveau liegt, das für ein Konstanthalten der Bevölkerungszahl erforderlich wäre. In Deutschland werden derzeit im Durchschnitt nur 1,3 Kinder pro Paar (bzw. pro Frau) geboren. Die Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern zu verbessern, heißt vor diesem Hintergrund gerade nicht zu akzeptieren, dass die Bevölkerung weiter schrumpft; wir wollen durch eine aktive Familienpolitik wieder ein familienfreundliches Land werden.

Derzeit sind bei rd. 82 Mio. Einwohnern knapp 37 Mio. Menschen erwerbstätig. Wir müssen alles tun, um ein zu starkes Abfallen der Anzahl der aktiven Erwerbspersonen im Verhältnis zur Zahl der Rentnerinnen und Rentner bzw. zur Gesamtbevölkerung zu verhindern. Entscheidend sind hierfür folgende Ansätze:

- Die Erwerbsquote der Frauen muss mittelfristig deutlich angehoben werden. Hierfür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Zentrale Bedeutung kommt hierbei der Einführung flächendeckender Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder zu. Die Gesellschaft kann es sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung schlichtweg nicht leisten, im bisherigen Maße auf die zum Teil sehr gut ausgebildeten Frauen im Berufsleben zu verzichten. Gleichzeitig wird die Einführung verbesserter Betreuungsangebote auch dazu führen, dass die Menschen sich wieder mehr für Kinder entscheiden.
- Die Lebensarbeitszeit muss ausgedehnt werden. Der Trend einer älter werdenden Bevölkerung bei gleichzeitiger Verjüngung der Belegschaften ist nicht auf Dauer durchhaltbar. Hier ist ein Umdenken aller gesellschaftlichen Gruppen, vor allem bei Arbeitgebern und Gewerkschaften erforderlich. Zukünftig müssen deutlich gesteigerte Anstrengungen für die innerbetriebliche Qualifizierung insbesondere älterer Beschäftigter unternommen werden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter wird in Zukunft deutlich höher liegen müssen als heute. Von daher ist die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters unausweichlich. Wer dennoch deutlich früher in Rente gehen möchte, kann dies tun, muss hierfür jedoch entsprechende Abschläge bei der Rentenhöhe in Kauf nehmen. Sonderregelungen sollten hierbei lediglich für körperlich arbeitende Menschen, die über 45 Jahre Beiträge eingezahlt haben, vorgesehen werden.

- Weiterhin ist es erforderlich, den Berufseinstieg zu beschleunigen. Der Berufseinstieg für Akademiker kann und sollte durch eine Studienreform um durchschnittlich ein Jahr nach vorne verlegt werden.

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten, den demografischen Wandel abzuschwächen. Rund 100.000 schwangere Frauen brechen pro Jahr eine Schwangerschaft nach der sozialen Indikation ab. Für uns ist es nur schwer zu verstehen, dass Frauen in dieser Konfliktsituation, in der es um Leben und Tod eines werdenden Menschen geht, nicht wesentlich stärker von staatlicher Seite begleitet werden. Um eines klar zu sagen: Es ist richtig, dass den Frauen in dieser Situation die letzte Entscheidung zukommt. Aber allein schon unsere Grundwerte – die jedem Menschen zustehen – gebieten es, viel größere Anstrengungen zu übernehmen, diesen Frauen Wege zu eröffnen, sich für ihr Kind zu entscheiden. Uns ist es wichtig, dass schwangere Frauen nicht alleine gelassen werden. Sie sollen umfassende Hilfe erhalten. Durch Mutter-Kind-Häuser, alternative Kinderbetreuung und durch andere begleitende Betreuungsmaßnahmen sollen Mütter dazu bewegt und ermuntert werden, ihre Kinder dennoch zur Welt zu bringen.

4.2 Basisinnovationen fördern.

Wenn wir mit Bildung und Forschung die Grundlage für neue Märkte schaffen wollen, um damit unseren Sozialstaat und das Zusammenleben im Wohlstand zu sichern, dürfen die Gegenwartsinteressen nicht die Zukunftsinteressen überlagern. Weil wir wissen, dass nichts sicher ist, und Wohlstand immer wieder neu erkämpft werden muss, ist das Prinzip der Nachhaltigkeit für unsere Politik, gerade im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik, entscheidend.

Häufig wird verallgemeinernd gesagt, dass die Forschung in Deutschland gestärkt werden muss. Aber nicht jeder Forschungsbereich ist förderungswürdig. Nicht in jedem Forschungsbereich stehen öffentliche Förderung und die daraus entstehenden Produkte und Arbeitsplätze in einem angemessenen Verhältnis. Warum werden Autokonzerne mit öffentlichen Mitteln dabei unterstützt, die Sicherheit ihrer Fahrzeuge zu erhöhen? Das ist deren ureigenste Aufgabe. Warum wird mit öffentlichen Mitteln so genanntes Sounddesign gefördert, hinter dem sich die Entwicklung von wohlklingenden Geräuschen für Waschmaschinen und Motorrädern verbirgt? Auch das ist ureigene Aufgabe der entsprechenden Hersteller, nicht der öffentlichen Hand. Gerade im Forschungsbereich wird trotz gestiegenem Bundesetat eine eindeutige

Prioritätensetzung vermisst. Der Schlüssel zum Verständnis der Wachstums-Theorie nach Kondratieff ist das Kriterium der Breitenwirkung: Öffentlich geförderte Forschung soll sich auf die Förderung von Basisinnovationen konzentrieren, wie sie beispielsweise die Dampfmaschine oder in jüngerer Zeit die Transistoren für Computer gewesen sind, die eine große Breitenwirkung in Wirtschaft und privatem Umfeld erreicht haben. Die Informations- und Kommunikationstechnologie, die aus einer solchen Basisinnovation entstanden ist, hat ihre Breitenwirkung bereits erzielt. Hier sind heute mit einem vergleichsweise hohen Mittelaufwand nur noch bescheidende Wachstumsraten zu erzielen. Trotzdem fließt ein großer Teil der öffentlichen Fördermittel in diesen Bereich.

Ganz im Gegensatz zur medizinischen Forschung, der Bio- und Gentechnologie, der Nanotechnologie und der Solartechnologie, deren Forschungsergebnisse erhebliche Fortschritte in Wirtschaft und privatem Umfeld erwarten lassen. Die Solartechnologie spielt eine besondere Rolle. Sie ist der Schlüssel für die Entwicklung eines Großteils der Menschheit. Die Solartechnologie besitzt das Potenzial ohne großen finanziellen Aufwand für den Einzelnen und zur Schonung der Umwelt die Elektrifizierung für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Mit Blick auf die Entwicklungsländer bieten sich hier enorme Chancen. Deshalb: „Entwicklung ist Elektrifizierung.“

Auf diese oben genannten Forschungsfelder muss sich die öffentliche Förderung konzentrieren. Das sind die Forschungsfelder, in denen mittelfristig mit großen Wachstumsraten und entsprechenden Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen ist. Die Lücke zwischen Wissen und Handeln muss geschlossen werden. Die Frage der Breitenwirkung der geförderten Forschung muss darüber hinaus ein entscheidendes Förderungskriterium sein.

4.3 Bildung und Erziehung – Handeln statt Hadern.

Zur Erreichung der genannten Ziele ist die nachhaltige Investition in Bildung und Erziehung die unverzichtbare Voraussetzung. Deutschland ist auf seinen Rohstoff Bildung existentiell angewiesen. Aber auch für den einzelnen Menschen sind Bildung und Erziehung Basisqualifikationen, die ihm die Teilhabe an Gesellschaft und Wohlstand ermöglichen. Dabei muss die gesamte Biographie des Individuums berücksichtigt werden. Das bedeutet zum einen mit der Förderung schon im Vorschulalter zu beginnen, zum anderen allen Menschen die Möglichkeit zu geben ein Leben lang zu lernen, sich weiterzubilden und sich zu qualifizieren. Dies wird

gesellschaftspolitisch zunehmend notwendiger, da diese Aufgaben von Familie und Schule in ihrer gewandelten heutigen Verfasstheit nur noch unzureichend geleistet werden. Gerade Menschen in den sogenannten „bildungsfernen Gesellschaftsschichten“ verfügen nicht über die Ressourcen diesen Prozess eigenständig zu organisieren. Hier muss der Staat um seiner selbst Willen Substitution leisten. Diese Entwicklung gerecht, im Sinne von lebenslanger Chancengleichheit, zu organisieren, gehört zu den Kernaufgaben sozialdemokratischer Politik.

Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass aber gerade in Deutschland der Bildungsabschluss der Kinder in hohem Maße mit dem Bildungsabschluss und dem sozialen Status der Eltern korreliert. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems ist sehr gering und hat sich in den letzten Jahren eher noch verschlechtert. Gleichzeitig spreizt sich das Lohnniveau zwischen qualifizierten und nicht qualifizierten Tätigkeiten. Und das Risiko von Arbeitslosigkeit bei geringem Bildungsgrad steigt.

Das heutige dreigliedrige Schulsystem ist nicht in der Lage diesem Umstand wirkungsvoll entgegenzuwirken. Es herrscht weitgehend Selektion statt Integration. Daher darf sich die Sozialdemokratie vor der Frage eines generellen Strukturwechsels nicht scheuen, sondern muss ihn engagiert gestalten. Das verlangt bei zunehmender Verknappung von finanziellen Mitteln eine klare Prioritätensetzung.

Augenmerk muss auch auf die Verteilung der Ressourcen innerhalb des Bildungssystems gelegt werden. Es ist ungerecht und nicht nachvollziehbar, dass in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren stärker gefördert werden als Kinder zwischen 0 und 10 Jahren. Zur Durchlässigkeit des Systems gehört besonders die Förderung in den ersten Lebensjahren, weil hier kognitive Fähigkeiten entwickelt und grundgelegt werden. Der geringe Anteil von Arbeiterkindern an der Universität entscheidet sich weniger an der Frage von Studiengebühren als an hohen Kindergartenbeiträgen und fehlenden Krippenplätzen.

Immer wichtiger wird zudem der Aspekt der Erziehung. Regeln und Grenzen müssen erlernt, Grenzübertritte geahndet werden. Die wachsende Kultur der Gleichgültigkeit muss überwunden werden. Auch hier versagt das alte System auf breiter Front. Kinder und Jugendliche werden zunehmend sich selbst überlassen. Viele Heranwachsende sind ohne erzieherische Begleitung mit den Herausforderungen unserer komplexen Gesellschaft überfordert. Die kritische Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Risiken bleibt häufig unterentwickelt.

Kinder und Jugendliche brauchen konsequente, nachvollziehbare und berechenbare Orientierung. Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität müssen einen hohen Stellenwert bekommen. Aber auch Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Verlässlichkeit und Ordnungssinn müssen vermittelt und durchgesetzt werden. Ein wichtiger und richtiger Schritt hin zu einer besseren Begleitung der Jugendlichen ist die flächendeckende Einführung der Ganztagschule. Schule wird so zu einem Kompetenzzentrum für Bildung und Erziehung mit klar geregelten Zuständigkeiten. Eltern, Lehrer, Sozialpädagogen und Ehrenamtliche müssen Hand in Hand in einem Erziehungsbündnis zusammenstehen. Dabei soll keine Bedeutungsverschiebung oder gar ein Gegeneinander zwischen Elternhaus und Schule entstehen. Vielmehr steht in einem gemeinschaftlichen Ringen um Erziehung das Wohl der Kinder im Mittelpunkt. Wir wollen Kinder und Jugendliche zu selbstbewussten Menschen erziehen, die bereit sind, für ihr eigenes Leben Verantwortung zu übernehmen; wir wollen keine Egoisten, die nur an sich selber denken, sondern wir wollen Menschen erziehen, die bereit sind, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

5. Markt ist nicht alles!

Marktwirtschaftliche Konkurrenz, das Gewinnstreben Einzelner sowie von Unternehmen gehören zum Kernbestand unserer wirtschaftlichen Grundordnung. Sie sind Auslöser und Motor von Entwicklung. Die Bundesrepublik verdankt diesem System ihren heutigen Wohlstand. Trotzdem sehen wir die gefährliche Tendenz, dass sich Gewinnstreben und unternehmerischer Erfolg zunehmend zum Selbstzweck entwickeln. Wir sagen weiterhin mit Überzeugung: Der Markt und die Wirtschaft sind für die Menschen da und nicht umgekehrt! Alle Menschen haben ein Recht auf wirtschaftliche Teilhabe. Allen muss immer wieder die Chance geboten werden, an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen partizipieren zu können. Unternehmen sind kein Selbstzweck. Deshalb unterstreichen wir die soziale Verantwortung von Eigentum, wie sie im Grundgesetz festgehalten ist: Eigentum verpflichtet.

Zunehmend erleben wir aber eine Entfremdung zwischen den Menschen und ihrem Staatswesen. Dies hat vielfältige Gründe. Im Folgendem werden drei Ansatzpunkte ausgeführt, wie man diesem Phänomen entgegen könnte:

- Verstärkte Sozialraumorientierung (Keinen Menschen aufgeben)
- Konsequentes Handeln von Polizei und Justiz (Ein Recht auf Strafe)
- Identifikation mit dem Staat erlernen (Kennedy hatte Recht!)

5.1 Keinen Menschen aufgeben.

In diesem Zusammenhang ist gerade aus kommunaler Perspektive eine verstärkte Sozialraumorientierung ein Gebot der Stunde. Lässt man die Dinge laufen, so führt die Differenzierung in modernen Gesellschaften vor Ort vor allem in den Städten zu einer verstärkten sozialen Segregation in ökonomischer, sozialer, demographischer und ethnischer Hinsicht. Diese wirkt sich unmittelbar auf die Bildungschancen aus, da sich Bildungschancen systematisch entlang den Barrieren sozialräumlicher Ungleichheit verteilen und hier die bestehende Ungleichverteilung verstärken. In der Konsequenz sollten für die Sozialpolitik vor allem integrierte Ansätze zur Stabilisierung sozialer Brennpunkte ins Blickfeld rücken, wie z.B. das Bund-Länder-Programm ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Soziale Stadt‘. Sie beginnen mit der Identifizierung ‚benachteiligter Stadtteile‘ und formulieren für sie sozialraumorientierte Interventions- und Präventionsstrategien unter umfassendem Einbezug der Sozialen Arbeit.

Durch den konzertierten Einsatz von Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung, der Wirtschaftsförderung und der Stärkung sozialer Netzwerke soll ein weiteres Abdriften sozialer Brennpunkte verhindert und nach Möglichkeit eine Trendwende erreicht werden. Es muss alles versucht werden, um Abwärtsspiralen und eine sich verfestigende Problemlage zu verhindern. Kein Stadtteil, keine Gruppe, kein einzelner Mensch darf von uns verloren gegeben werden!

5.2 Ein Recht auf Strafe.

Um Abwärtsspiralen zu verhindern, müssen auch neue Aspekte betrachtet werden. Sanktionen der Staatsgewalt galten für viele über Jahre eher als hinderlich, wenn gerade Kinder und Jugendliche ihren Weg zurück in die Gesellschaft finden sollten. Die Überbetonung der Prävention führt in weiten Teilen der Gesellschaft zu Destabilisierungsprozessen. Gerichtliche Entscheidungen werden zunehmend als „ungerecht“ empfunden. In einer modernen und multikulturellen Gesellschaft kann aber nur der Dreiklang aus Prävention, Sanktion und Hilfe der geeignete Weg sein.

Gerade bei Kindern und Jugendlichen aus sozialbenachteiligten Stadtteilen muss ein „Recht auf Bestrafung“ eine wichtige Rolle spielen. Strafe darf dabei nicht missverstanden werden als Stigmatisieren und Ausgrenzen eines Menschen, sondern wir verstehen Strafe als Erziehung, die Menschen wieder eine klare Orientierung ermöglicht. Zunehmender Gewaltbereitschaft und Aggressivität muss der Staat mit aller Entschiedenheit begegnen, um das Vertrauen der Umstehenden nicht zu verletzen. Das Zusammenleben von verschiedenen Kulturen braucht klare Spielregeln um die Akzeptanz zu fördern. Regelverstöße müssen geahndet werden. Das erzieherische Einwirken von Schule, Jugendhilfe und Polizei muss von der Justiz unterstützt und begleitet werden.

Es geht dabei nicht darum nach konservativem Verständnis, Ruhe und Ordnung herzustellen, sondern auch hier den Begriffen Freiheit und Gleichheit mehr Geltung zu verschaffen. Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang auch die Freiheit von Bedrohung und Angst. Alle haben zudem das Recht gleichermaßen von den Ordnungsbehörden behandelt zu werden. Aus pädagogischer Sicht sogar ein „Recht auf Strafe“. Strafe hat nur dann Sinn, wenn sie einen erzieherischen und Orientierung schaffenden Effekt hat. Daher muss sie konsequent und vergleichbar und für alle Beteiligten einsichtig angewandt werden.

5.3 Kennedy hatte Recht.

„Frage nicht, was das Land für dich tun kann, sondern was du für das Land tun kannst.“ Wir wollen, dass die Debatte um die Wehrgerechtigkeit unter diesem Gesichtspunkt der Solidarität gesehen wird. Die geplante Bundeswehrreform findet unsere Unterstützung. Es ist richtig, dass die Bundeswehr stärker als bisher für Auslandseinsätze fit gemacht wird, denn auch die Bundeswehr ist dafür geeignet, die Freiheit zu stabilisieren und zu festigen wie auf dem Balkan und in Afghanistan. Aber unter diesen neuen Bedingungen ist der Grundwert der Gleichheit bei der Behandlung der Wehrpflichtigen nicht mehr durchsetzbar. Wir treten deshalb für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen ein, die zwischen einem Sozial-, Umwelt- oder Wehrdienst frei wählen können.

Jeder soll einen kleinen Teil seiner Lebenszeit für das Allgemeinwohl, für die Solidarität mit anderen Menschen einsetzen. Das kommt sowohl den Menschen, denen geholfen wird, zugute, als auch den jungen Menschen selbst, die diesen Dienst leisten. Wir

wollen den jungen Menschen befähigen, in seiner Persönlichkeit zu einem sozialen Wesen heranzureifen. Mit Ausübung der allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer erfahren Heranwachsende, was es bedeutet, Verantwortung für andere Menschen und für die Gesellschaft zu übernehmen. Die Dienstpflicht wird zu einer wichtigen Reifestufe und dadurch prägend für den weiteren Lebensweg. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Partizipation und Mitarbeit im Staatswesen könnte auf diesem Weg vermittelt werden.

6. Der Staat sind wir!

Es ist uns ein Anliegen staatliches Handeln wieder positiv darzustellen. Wir wehren uns gegen die neoliberale Ideologie, dass Staatstätigkeit per se schlecht sei, man die staatlichen Eingriffe und Steuern reduzieren solle und Steuersenkungen das oberste Ziel aller Wirtschaftspolitik sein müsse. Nur ganz Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Aus der französischen Revolution wissen wir: Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt und das Gesetz, das befreit. Während die Neoliberalen mit ihren laissez-faire Ansichten sich längst vom Erfolgsmodell des „Rheinischen Kapitalismus“ verabschiedet haben, muss die SPD die Kraft sein, die die Soziale Marktwirtschaft erhalten will und an die Bedingungen der Globalisierung anpasst.

Im Folgendem skizzieren wir kurz Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Ordnungspolitik. Vier Aspekte sind unserer Meinung beachtenswert:

- Die Rahmenordnung schaffen
- Soziale Marktwirtschaft europäisch denken
- Durch nationale Ebenen blicken
- Individuelle Verantwortung lernen

6.1 Die globale Rahmenordnung schaffen.

Viele Kritikpunkte an unserem Wirtschaftssystem werden zur Zeit mit dem Hinweis auf einen durch Globalisierung bestimmten Anpassungsdruck zurück gewiesen; dabei ist ein Wirtschaftssystem kein naturgesetzlicher Zustand, sondern wird nach wie vor von Menschen gestaltet. Globale Elemente einer wirtschaftlichen Rahmenordnung sind auch nichts Unrealistisches. So sind beispielsweise die Abkommen Basel I und Basel II

bekannt, die die Eigenkapitalversorgung bei der Kreditvergabe sowie das internationale Rating von Unternehmen zu vereinheitlichen suchen. Der dringlichste Bedarf besteht zurzeit nach einer internationalen Kartellbehörde bzw. nach einer internationalen Fusionskontrolle. Ebenso müssen die Einführung von globalen Kapitalverkehrskontrollen oder die Tobin-Steuer zur Stabilisierung gegen spekulative Attacken überprüft werden.

6.2 Soziale Marktwirtschaft europäisch denken.

Zurzeit dominiert das Wettbewerbsprinzip in der Europäischen Union alle Politikbereiche. Die Konventdebatte zur Erarbeitung einer Verfassung für die EU war ein erster sinnvoller Schritt das Marktprinzip in Europa zu dem einer „Europäischen Sozialen Marktwirtschaft“ zu erweitern, in der auch die Begründung einer staatlichen Daseinsvorsorge-Politik festgelegt wurde. Wir begrüßen dies insbesondere vor dem Hintergrund des Erhalts föderaler Staatsordnungen und vor dem Hintergrund der Sicherung kommunaler Selbstverantwortung in Europa. Es wird auch zunehmend deutlich, dass ein Marktergebnis nicht immer effiziente und wünschenswerte Ergebnisse liefert. Die Verschmelzung von wirtschaftlicher oder medialer Macht mit politischer Macht, wie wir sie zur Zeit in Italien bei Berlusconi und bei Bush in den USA beobachten, bedrohen demokratische Teilhabe, sozialdemokratische Vorstellungen von Gerechtigkeit und die Freiheit von Individuen zugleich.

6.3 Nationale Ebenen nachhaltig verändern.

Wir Sozialdemokraten wollen keinen Nachwächterstaat, wir haben erkannt, dass Staatstätigkeit notwendig ist, um Marktversagen zu beheben, um öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen bereitzustellen und um soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen. Gerade angesichts der - in Kapitel 3 und 4 - dargestellten Aufgaben und Herausforderungen für unser Staatswesen ist es töricht, die Rücknahme der Staatstätigkeit nach angebotsideologischen Motiven weiter anzustreben. Wir fordern keine weiteren Steuergeschenke, die kurze Zeit später die Handlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand nach sich ziehen. Sicherlich können Steuersysteme optimiert und verbessert werden, nach unserer Auffassung sollte dies jedoch mindestens aufkommensneutral geschehen, damit Staat noch Politik gestalten kann. Das Märchen

der sich selbst finanzierenden Steuersenkungen ist längst vielfach durch die Realität widerlegt.

Wir reden auch keiner neuen Staatsverschuldung das Wort, da Nachhaltigkeit ein wichtiger Aspekt der Brüderlichkeit gegenüber künftigen Generationen darstellt. Die finanzielle Nachhaltigkeit war bis 2001 ein Markenzeichen der SPD, das wieder erkennbar werden muss. Die Gegenwartsinteressen sind in diesem Land immer noch erkennbar besser organisiert als die Zukunftsinteressen. Für Staatsverschuldung gibt es nur drei hinnehmbare Begründungen: 1.) Investitionen, die auch von zukünftigen Generationen genutzt werden, 2.) Die Glättung von extremen Steuerzusatzlasten und 3.) Stabilisierung konjunktureller Defizite. Eine Finanzierung von laufendem Staatskonsum aus Krediten und die Verschuldung zur Finanzierung von Steuergeschenken lehnen wir ab.

Das Steuersystem muss modernisiert werden und drei Grundsätzen genügen: Es muss gerecht, effizient und transparent sein. Die Komplexität des Steuerrechts gefährdet zunehmend seine Akzeptanz. Wir begrüßen daher Überlegungen zur radikalen Vereinfachung des Steuerrechts durch das Streichen von Ausnahmetatbeständen und Sonderregelungen bei gleichzeitiger Reduzierung der Steuersätze für alle Bürgerinnen und Bürger.

Entscheidend ist es, ein modernes Steuersystem zu entwickeln, das dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit gerecht wird. Nach unserer Überzeugung heißt das, dass ein Spitzensteuersatz von über 40 % gerechtfertigt ist. Überdacht werden sollte jedoch die Einkommenshöhe, ab der der Spitzensteuersatz greift. Die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz gilt, wurde seit Jahrzehnten nicht angehoben. Was vor 30 Jahren noch Spitzeneinkommen waren, sind heute durch die „kalte Progression“ Einkommen der gehobenen Mittelschicht. Die Union schlägt sogar vor, den reduzierten Spitzensteuersatz von 36 % bereits für Einkommen ab 40.000 Euro gelten zu lassen. Dieser Ansatz ist zu undifferenziert und genügt nicht dem Grundsatz der Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip. Konkret halten wir in einem System mit weitgehender Streichung der Ausnahme- und Sonderregeln einen Spitzensteuersatz von über 40% angemessen.

Das Steuersystem ist zugunsten von Familien anzupassen. Das Ehegattensplitting wurde zu einer Zeit eingeführt, als der Eheschließung fast immer in relativ kurzer Zeit Kinder folgten. In der heutigen Zeit bekommen hingegen viele verheiratete Paare spät oder nie Kinder. Ehepaare ohne Kinder bedürfen keiner besonderen steuerlichen

Bevorteilung – auch dann nicht, wenn die Einkommen beider Ehepartner stark voneinander abweichen. Um es klar zu sagen: Wir wollen eine verbesserte steuerliche Situation für verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern - aber eben keine Pauschalförderung von Ehepaaren ohne Kinder.

Wichtig für die Akzeptanz von Politik und staatlichem Handeln ist, dass die Bürger erkennen können, wer für was zuständig ist und welche Mittel wofür eingesetzt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Mischfinanzierungen abzuschaffen. Jede staatliche Ebene vom Bund bis zu den Kommunen muss definierte Zuständigkeiten haben und definierte Finanzierungsmöglichkeiten, über die sie autonom entscheiden kann. Nur so wird man Transparenz sicherstellen können und Akzeptanz für Politik erreichen können. Die Zuständigkeitsverschränkungen, wie sie sich für den Bürger am klarsten in den Reformblockaden zwischen Bundestag und Bundesrat zeigen, schaden der Zustimmung zum politischen System ganz allgemein.

6.4 Individuelle Verantwortung lernen.

Es heißt immer so schön, dass man „Menschen mitnehmen“ müsse bei politischen Reformen; wir glauben, dass dies nicht nur eine Frage der Vermittlung von Politik ist, sondern eine Frage von Inhalten. Wir wollen konkrete Hilfestellungen anbieten, damit Menschen, die in einem Versicherungs-System groß geworden sind, ein Leben mit weniger Sicherheiten überhaupt ertragen und bewerkstelligen können. Dazu gehört das Einüben von Solidarität der Gewinner mit den Verlierern, der Aufbau einer sozialen und kulturellen Stiftungskultur in Deutschland und die Entwicklung neuer Leitbilder für die Berufsausbildung und Erwerbsbiographien, etwa für das lebenslange Lernen.

Es ist ein Irrglaube anzunehmen, man könne eine Gesellschaft von heute auf morgen in vielen Lebensbereichen auf „Eigenverantwortung“ umstellen. Im Jahr 2003 rechnen acht von zehn Deutschen immer noch in Mark statt Euro. Fast alle Bereiche des täglichen Lebens sind hoch komplex geworden. Selbst Experten überschauen wichtige Bereiche nicht mehr, wie z.B. das Steuersystem oder die private Altersvorsorge (Riesterrente) etc.. Mit einer Zunahme an Individualisierung fühlen wir uns selbst, wie wahrscheinlich viele unserer Mitmenschen, zunehmend überfordert. Wir glauben, dass der Staat auch nach wie vor eine Fürsorgepflicht hat. Das Bildungssystem und viele andere Institutionen müssen die Menschen mitnehmen und ihnen die Kompetenzen zur Bewältigung von komplexen Anforderungen vermitteln. Hieran fehlt es momentan

ganz beachtlich. Folge ist eine große Verunsicherung bei vielen Menschen und eine latente Zukunftsangst.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen müssen diese Sorgen der Menschen wieder ernster wahrnehmen. Gerade von uns wird diese Sensibilität erwartet. Wir müssen ihnen das Gefühl geben, dass wir sie in Umbruchsituationen nicht sich selbst überlassen.

Hinzu kommt, dass wir wieder ein zuversichtliches Bild von der Zukunft entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Politik orientiert an den in jedem Volk tief verankerten Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die richtige ist, die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

7. Mit uns zieht die neue Zeit - Wer zieht mit?

Unter der Überschrift „Mit uns zieht die neue Zeit.“ haben wir auf diesen Seiten einige Gedanken formuliert, die die Grundwerte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ in ihren Mittelpunkt stellen. Ohne den Anspruch erschöpfend zu sein, wollen wir überzeugen: Reformen kann man dauerhaft nicht bloß durchdrücken. Man muss die Menschen gewinnen, die mitziehen.

Wir sind uns sicher: Wenn wieder erkennbar wird, dass Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Grundwerte und Ziele sind, die im alltäglichen Regierungshandeln verwirklicht werden, dann wird die SPD aus ihrer Krise finden. Dann zieht mit uns die neue Zeit.

8. Unsere sechs Punkte für eine Weiterentwicklung der SPD.

1. In der alltäglichen, praktischen Politik muss deutlicher werden, dass sich Regierungshandeln an den **Grundwerten** der Sozialdemokratie „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ orientiert.
2. Wir brauchen die **Renaissance der Mitgliederpartei** SPD, denn die strukturelle Mehrheitsfähigkeit einer Regierungspartei wird auch durch sinkende Mitgliederzahlen, Vergreisung und Anflüge von Resignation bei ehrenamtlich Aktiven bedroht.
3. Entgegen dem weit verbreitenden Wachstumspessimismus setzen wir auf eine **Strategie für Wachstum**. Dafür müssen wir aber einiges tun:
 - Die sozialen Sicherungssysteme fit machen durch die Einführung einer **Bürgerversicherung**, in die alle einzahlen und bei der alle Einkommensarten berücksichtigt werden.
 - Die Forschungsmittel auf Technologien konzentrieren, die eine erhebliche Breitenwirkung in die Wirtschaft und das private Leben erzielen werden. Bio- und Gentechnologie, Nanotechnologie und Solartechnologie sind **Basisinnovationen** und werden unser Leben verändern.
 - Notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes ist die verstärkte Investition in den wichtigsten Rohstoff: **Bildung und Erziehung**.
4. Wir **geben keinen Menschen auf** und wollen Menschen immer wieder neue Wege eröffnen, mit Kraft und Anstrengung in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen. Hierzu schlagen wir vor:
 - Eine klare **Sozialraumorientierung** für unsere Maßnahmen; wir wollen weniger konsumtive Hilfen und mehr aktivierende Hilfen.
 - Wir fordern ein „**Recht auf Strafe**“, weil Strafe auch eine erzieherische Komponente hat und Orientierung gibt.
 - Wir wollen die Allgemeinwohl-Orientierung stärken, deshalb fordern wir eine **allgemeine Dienstpflicht** für Männer und Frauen, bei der zwischen einem Sozial-, Umwelt- oder Wehrdienst gewählt werden kann.
5. Wir wollen ein **Gesamtkonzept sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik** entwickeln, das sowohl globale Lösungsmöglichkeiten, europäische Aufgaben, nationale Herausforderungen wie auch die sehr individuellen Anpassungsbedarfe berücksichtigt.
 - Wir fordern eine **globale Fusions- und Kartellkontrolle**.
 - Wir wollen eine **europäische soziale Marktwirtschaft**.
 - Wir treten für neues und **positives Verständnis für öffentliche Güter** auf nationaler Ebene ein.
 - Wir wollen in Umbruchssituationen das **Individuum nicht alleine lassen**.
6. Wir wollen begeistert für eine ganzheitliche Politik der SPD-Bundesregierung eintreten. Nur wer selbst begeistert ist, kann auch andere begeistern. Deshalb heißt unser Motto: **Mitziehen statt Durchdrücken**, denn „mit uns zieht die neue Zeit“.